

# Rede an meine Mitmenschen

Zur Wiederherstellung des Sozialstaatsprinzips in Deutschland

*Timo Braun | Juni 2026 | Version 2*

## ***Liebe Mitmenschen,***

Es gibt Menschen, die gehen nur noch einmal die Woche an den Briefkasten. Nicht weil sie vergessen hätten. Sondern weil sie wissen, was drin ist. Und weil sie gelernt haben, dass das, was drin ist, drei Tage Wut kostet und in Resignation endet. Trotzdem nicht bearbeitet werden kann.

Nicht weil sie es nicht wollten. Sondern weil jeder Brief um Geld geht, das schlicht nicht da ist.

Andere gehen gar nicht mehr. Die Post wird von Freunden rausgeholt. Von Familienhelfern. Gemeinsam gesichtet, gemeinsam sortiert, gemeinsam ertragen.

Was kommt, kommt von allen Seiten gleichzeitig. Die Bank. Die Versicherung. Der Stromanbieter. Telefon, Internet, alle Verträge, die ein normales Leben zusammenhalten, brechen zur selben Zeit zusammen. Diese Stellen sind laut. Manche aggressiv. Aber sie gehen irgendwann weg.

## **Der Staat geht nicht weg.**

Er ist nicht der lauteste. Aber er ist der einzige, der bleibt. Der einzige, der trotz Insolvenz weiter vollstreckt. Der einzige, der nicht den nächsten Schritt nennt, sondern droht. Der einzige, dessen Briefe nicht mit dem Ende eines Vertrags aufhören, sondern mit dem Beginn eines Verfahrens, das kein erkennbares Ende hat.

Aus einem einzigen Verfahren wird ein Abschnitt in einem Ordner. Der Abschnitt wird dicker. Ein zweiter Ordner kommt dazu. Dann ein dritter. Dann ein vierter. Vier Leitz-Bände. Eine Person definiert als eine Lebensgeschichte aus der Vergangenheit, die man sich so erzählt. Eine Nummer, an die Schuld zugestellt werden kann.

Schuld ist das Primärproblem dieses Systems. Nicht im moralischen Sinn. Im technischen. Das System braucht einen Schuldner, damit es funktioniert. Es

erfindet ihn, wo keiner war. Es hält ihn fest, damit die Maschinerie weiterläuft.

Ich kenne das nicht nur aus eigener Erfahrung. Ich habe es bei anderen erlebt, bevor es mich selbst traf. Habe geholfen, Briefe zu sortieren, Fristen zu setzen, Widersprüche zu formulieren. Mit Freude, weil es gebraucht wurde. Bis ich irgendwann selbst an meinem Briefkasten stand und verstand: kein Wissen und keine Disziplin schützt davor, wenn mehr produziert wird als ein Mensch verarbeiten kann.

**Diese Rede beginnt dort. An diesem Briefkasten. Mit diesen vier Ordnern.**

Ich spreche heute nicht als Kläger. Nicht als Opfer. Und nicht als jemand, der Mitleid sucht.

Ich spreche als jemand, der das System vollständig durchlaufen hat und der dabei gelernt hat, was es mit allen macht, die es durchlaufen.

## **Was das System tut**

Es gibt in Deutschland eine Struktur, die funktioniert. Nur nicht so, wie sie soll.

Wer als Selbstständiger unter Druck gerät, unter Krankheit, Überlastung, familiären Einbrüchen, liefert irgendwann die Steuererklärungen nicht mehr fristgerecht. Nicht aus Böswilligkeit. Weil es nicht mehr geht. Das Finanzamt ist dann gesetzlich verpflichtet zu schätzen. Diese Schätzungen entsprechen, wie Rechtspraktiker dokumentieren, regelmäßig nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Sie liegen weit über der Realität.

Was dann passiert, ist keine Kette von Entscheidungen verschiedener Stellen. Es ist ein automatisierter Dominoeffekt.

Die IHK erhält ihre Bemessungsgrundlage direkt vom Finanzamt per Gesetz und stellt auf Basis der Schätzwerte Beiträge in Rechnung, unabhängig davon, ob tatsächlich Einnahmen erzielt wurden. Die Stadtverwaltung fordert Gewerbesteuer auf denselben Schätzwerten, auch wenn kein Gewerbeertrag angefallen ist. Jede Stelle beruft sich auf die Feststellungen der anderen. Wer Einspruch einlegen will, muss bei jeder Stelle einzeln Einspruch einlegen, mit unterschiedlichen Fristen, unterschiedlichen Formularen, unterschiedlichen Ansprechpartnern.

Wer in dieser Situation bereits am Limit ist, schafft das nicht. Das System weiß das.

Wenn die Schulden vollstreckbar werden, bleibt oft nur die Insolvenz. Nicht wegen tatsächlicher Schulden, sondern wegen Schätzschulden, die entstanden sind, weil jemand in einer Überlastungssituation keine Erklärungen liefern konnte.

### **Und ab diesem Punkt schließt sich die Schleuse.**

Wer insolvent ist und Bürgergeld bezieht, bekommt keine Wohnung, weil Vermieter sagen: kein Jobcenter. Das Jobcenter sagt: erst Insolvenz beenden. Die Insolvenz dauert drei Jahre. Wer keine neue Wohnung findet, landet im Obdachlosenheim, und kann dort die Insolvenz nicht ordnungsgemäß abschließen, weil dafür eine stabile Adresse und geordnete Verhältnisse vorausgesetzt werden.

Während all das läuft, hat der Betroffene keinen Einblick in das, was gerade wo passiert. Keine konsolidierte Übersicht. Kein Ansprechpartner, der das Gesamtbild kennt. Jede Behörde sieht nur ihren Ausschnitt und fordert aus ihrem Ausschnitt heraus. Der Mensch in der Mitte sieht nichts und wird von allen Seiten beschieden.

### **Das ist kein Unglück. Das ist Architektur.**

Rund 5,5 Millionen Menschen beziehen Bürgergeld. Am Berliner Sozialgericht, dem größten in Deutschland, erzielen Kläger in mehr als der Hälfte aller Jobcenter-Streitigkeiten zumindest einen Teilerfolg. Mehr als jeder zweite Mensch, der klagt, bekommt recht, und hatte es trotzdem vorher nicht bekommen. Wer recht bekommt, weiß es erst nach durchschnittlich 15 Monaten Verfahrensdauer. In dieser Zeit läuft das Leben weiter. Die Schulden wachsen. Die Wohnsituation bleibt ungeklärt.

### **Das Recht auf Rechtsschutz existiert. Es wird durch Zeit ausgehöhlt.**

### **Was das mit Menschen macht**

Wer lange genug in diesem System ist, hört auf, Rechte zu kennen. Nicht weil er sie nicht hätte, sondern weil Widerspruch zum Vorwurf wird. Eine Sachbearbeiterin sagte einem Betroffenen, als er regulär Widerspruch einlegte: "Sie hätten einfach zu mir kommen können." Das Sozialgericht wies den Eilantrag ab mit der Begründung: Wer umfangreich argumentiert, demonstriere damit, dass er nicht wirklich in Not sei.

Wer schweigt, verliert. Wer spricht, verliert ebenfalls. Das Recht auf Gehör wird zur Falle, weil Kompetenz als Beweis gegen Bedürftigkeit gewertet wird.

Ein weiteres Beispiel, das viele kennen, denen es passiert ist: Ein Vater beantragt, dass seine Kinder als Teil seines Haushalts anerkannt werden. Nicht für die ganze Woche. Nur für die Tage, an denen er sie betreut. Die Behörde erfasst sie nicht, weil das Betreuungsmodell nicht ins Formular passt. Der nächste Bescheid berechnet die Wohnkosten so, als lebte er allein. Dann kommen Nachforderungen. Dann Nachweise über Nachweise. Am Ende steht ein Schreiben, der Sachverhalt sei nicht ausreichend belegt. Die handschriftlichen Nachweise, die er eingereicht hat, werden nicht erwähnt. Sie wurden nicht bewertet. Sie wurden nicht zurückgeschickt. Sie existieren im Bescheid schlicht nicht.

**Das Schweigen einer Behörde auf vollständige Schriftsätze ist keine Nachlässigkeit. Es ist strukturelle Antwort.**

### **Wenn das System aufhört, sich selbst für verbindlich zu halten**

Bisher ließe sich alles, was hier beschrieben wurde, mit Überlastung erklären. Mit Bürokratie. Mit Rollenblindheit. Das wäre schon schlimm genug.

Aber es gibt eine weitere Ebene.

Ein Polizist, dessen Name nie bekannt wurde, in einem privaten Gespräch, in dem er glaubte, nicht gehört zu werden: auf die Frage, warum in einem Verfahren wegen Handy am Steuer jemand entlastet wurde, obwohl der Verstoß klar bezeugt war, lautete die Antwort:

**"Es muss auch mal jemand durchkommen."**

Genau dieser Umstand, dass der Name nie genannt wurde, erklärt, warum dieser Satz gesagt werden konnte. Keine Konsequenz. Kein Protokoll. Die Anonymität des Moments lässt die Maske fallen. Und was darunter sichtbar wird, ist keine Einzelmeinung. Es ist das Selbstbild eines Systems, das aufgehört hat zu glauben, dass seine eigenen Regeln für es selbst gelten.

Das ist nicht mehr Systemversagen. Das ist Systemauflösung von innen.

**Wer das versteht, stellt sich eine andere Frage als bisher: Nicht mehr, wie man das System zur Einhaltung seiner Regeln bringt. Sondern: Wie lange noch kann ein Gemeinwesen funktionieren, in dem die einen die Regeln tragen und die anderen entscheiden, wer mal durchkommt?**

## Das Muster hinter den Einzelfällen

In dokumentierten Fallakten, die öffentlich einsehbar sind, zeigt sich immer wieder dasselbe:

Wer vollständig mitwirkt, wird mit neuen Anforderungen konfrontiert. Wer Widerspruch einlegt, wird mit Verzögerung bestraft. Wer krank ist, wird auf Aktivierungsmaßnahmen verwiesen. Wer kein Geld für einen Umzug hat, wird aufgefordert, umzuziehen. Wer sich nicht artikulieren kann, wird nicht gehört. Wer sich artikulieren kann, wird verdächtigt.

Das ist kein Versagen einzelner Mitarbeitender. Das sind beschreibbare Systemmuster.

Der Sozialpsychologe Stanley Milgram zeigte, dass Menschen in institutionellen Rollen moralische Eigenverantwortung systematisch abgeben. Philip Zimbardo belegte, dass situationale Kräfte individuelles Verhalten stärker formen als persönliche Werte. Erving Goffman beschrieb, wie Institutionen ihre eigene Wirklichkeit performieren und Störungen dieser Wirklichkeit abwehren, unabhängig davon, ob die Störung berechtigt ist.

Das gilt für Gefängnisse. Es gilt für Krankenhäuser. Und es gilt für Jobcenter. Und, wie der Fall des Polizisten zeigt, auch für die Stellen, die Recht vollziehen.

**Wer das versteht, hört auf, einzelne Sachbearbeiter zu beschuldigen. Und fängt an, das System zu benennen.**

## Was gefordert wird

Wer durch das Zusammenwirken von Finanzamt, IHK, Gewerbesteuer, Jobcenter und Wohnungsmarkt strukturell eingeschlossen wurde, ohne selbst die Hauptverantwortung für diesen Einschluss zu tragen, der kann nicht aus eigener Kraft heraus. Die Sackgasse ist nicht persönlich. Sie ist konstruiert.

Deshalb ist die Forderung keine persönliche: Menschen, die durch staatlich verursachte oder staatlich verstärkte Schuldenkaskaden in dauerhafte Handlungsunfähigkeit getrieben wurden, haben Anspruch auf strukturelle Entschuldung und gesicherten Neustart. Nicht als Gnade. Als Konsequenz staatlicher Mitverantwortung.

**Das betrifft nicht einen Menschen. Das betrifft jeden, der diesen Weg gegangen ist und schweigt, weil er nicht mehr sprechen kann.**

### **Was dieser Staat war und was er wieder werden muss**

Am 8. Mai 1949 beschloss der Parlamentarische Rat: "Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Das bedeutet: Institutionen sind Werkzeuge des Menschen. Nicht umgekehrt.

Ein Sozialstaat, der Menschen verwaltet statt schützt, der Würde in Klauseln übersetzt, der Schweigen als Antwort versteht, ist kein Sozialstaat mehr. Er ist ein Irrtum. Und ein System, in dem jemand entscheidet, wer mal durchkommt, ist kein Rechtssystem mehr. Es ist eine Kulisse.

Irrtümer darf man nicht verwalten. Kulissen darf man nicht bewohnen. Beides muss benannt werden.

Das beginnt nicht mit einer Wahl. Es beginnt damit, dass jemand sagt, was ist. Öffentlich. Belegt. Ohne Klage, ohne Mitleid. Nur mit Klarheit.

**Das ist dieser Moment.**

*Dokumentierte Fälle, Rechtsnormen und Systemmuster sind öffentlich einsehbar unter:  
[sozialstaat-wiederherstellen.de](https://www.sozialstaat-wiederherstellen.de)*